

ÖGB-Frauen fordern klare Antworten von der Regierung

Utl.: Durch neue Karenzregelung droht Verlust des
Abfertigungsanspruchs=

Wien (ÖGB). Kritik an der neuen Karenzregelung "Karenzgeld für alle", kam von ÖGB-Frauensekretärin Bettina Agathonos-Mähr bei der ÖGB-Frauensekretärinnen-Tagung: "Die neue Regelung lässt viele Fragen offen und trägt auf diese Weise zu Verunsicherungen bei." So stehe die Frage im Raum, ob Frauen nach der Karenz, so wie in der Vergangenheit, Kündigungsschutz und ein Recht auf Abfertigung haben.
++++

Nachdem das Karenzgeld laut neuem Modell keine Versicherungsleistung mehr ist, seien die Auswirkungen auf erwerbstätige Frauen unklar, betonte Agathonos - Mähr. Die ÖGB-Frauensekretärin befürchtet, dass durch die Entkoppelung des Karenzgeldes mit der Berufstätigkeit, Abfertigungsansprüche und Kündigungsschutz berufstätiger Frauen gefährdet sind. "Erwerbstätige Frauen haben ein Recht auf diese Sicherheiten, daher ist es höchste Zeit, diese offenen Fragen eindeutig zu klären und damit Unsicherheiten zu beseitigen."

Die ÖGB-Frauen fordern in diesem Zusammenhang die Ausweitung der Behaltefrist nach der Karenz auf 26 Wochen, um Frauen den Wiedereinstieg zu erleichtern und ihnen somit bessere Bedingungen am Arbeitsmarkt zu geben sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser zu ermöglichen.

ÖGB, 25. Februar 2000

Nr. 102

Rückfragehinweis: ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Mag. Birgit Flenreiss-Mäder
Tel. (01) 534 44/480 Dw.
Fax.: (01) 533 52 93
e-mail: presse@oegb.or.at
ÖGB-Homepage: www.oegb.or.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0093 2000-02-25/10:22

251022 Feb 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000225_OTS0093